



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das neue Semester steht vor der Tür. Und passend zum Semesterstart haben wir einen neuen Newsletter für euch. Darin wollen wir euch unter anderem über die Gründung eines neuen BAföG-Bündnisses informieren und haben einige Tipps für Erstsemesterveranstaltungen zusammengestellt.

In diesem Sinne wünschen wir euch einen guten Start!

Und für alle, die es noch nicht tun: Folgt uns auf [facebook](https://www.facebook.com/jugend.im.dgb) (<https://www.facebook.com/jugend.im.dgb>)!

Es grüßt euch euer saw-Team in Berlin!

Inhalt

Hochschulpolitik

- BAföG - Neues Bündnis steht
- Neuer Studienqualitätsmonitor erschienen
- Studiengebühren beim Bundesprogramm Offene Hochschulen

Infos für das Campus Office

- Semesterstart: Tipps für Erstsemester-Veranstaltungen
- "Einklagen" - Was geht, wenn's mit dem Studienplatz nicht geklappt hat
- Ausweitung Kurzfristige Beschäftigung

Neues vom saw-Team

- Vernetzungstagung Gewerkschaftliche Studierendenarbeit in Hattingen
- Termine & Seminare
- Neue Broschüren
- Leseempfehlung - Die unternehmerische Hochschule

Impressum

Hochschulpolitik

BAföG - Neues Bündniss steht

Es ist Herbst und das neue Semester wird eingeläutet. Steigende Studierendenzahlen mögen darüber hinwegtäuschen, aber an der Schwelle zur Hochschule spielt der Geldbeutel (sei es der der Eltern oder der eigene) eine zentrale Rolle. Die staatliche Antwort, die dieses Problem angehen und für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen soll, heißt: BAföG. Derzeit hat aber nur weniger als ein Fünftel der Studierenden überhaupt Anspruch auf diese Förderung. Die Freibeträge sind so knapp bemessen, dass viele gerade zu viel haben, um noch BAföG zu erhalten, aber zu wenig, um ein Studium finanzieren zu können. Da auch die BAföG-Bedarfssätze so gestrikt sind, dass ein Studium selbst vom Höchstsatz kaum zu finanzieren ist, wundert es nicht, dass fast alle BAföG-Empfänger_innen auch auf andere Finanzquellen angewiesen sind. Die Bundesregierung hat nun ein Reförmchen auf den Weg gebracht, das in den kommenden Wochen beschlossen werden soll. Dieses sieht eine Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge um nur 7% vor: Das gleicht nicht mal die Inflation seit der letzten Mini-Erhöhung im Jahr 2010 aus. Zudem soll die "Reform" auch erst 2016/17 kommen. Die Betroffenen müssen also noch eine ganze Weile darauf warten.

BAföG muss unserer Meinung nach Herzstück der Studienfinanzierung sein. Deswegen finden wir: nicht kleckern, sondern klotzen! Wir brauchen eine umfassende BAföG-Reform und zwar so schnell wie möglich. Die DGB-Jugend ist in einem studentischen Bündnis aktiv, dass in dieser Woche in die Offensive geht. Unsere Positionen und die Möglichkeit diese zu unterstützen sowie weitere Informationen findet ihr [hier](http://www.bafoegbuendnis.de/) (<http://www.bafoegbuendnis.de/>). Im Rahmen unserer Bündnisarbeit ist auch ein toller Erklärfilm entstanden. Schaut ihn euch [hier](http://jugend.dgb.de/-/paP) (<http://jugend.dgb.de/-/paP>) an und verbreitet ihn über eure Kanäle.

Neuer Studienqualitätsmonitor erschienen

Der neue Studienqualitätsmonitor des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) ist da und gibt Auskunft über die Studienbedingungen aus Sicht der Studierenden. Was können wir aus den Ergebnissen ablesen? 15 Jahre nach der Unterzeichnung der Bologna-Erklärung sind wir immer noch weit davon entfernt, von einem studierendenzentrierten Lernen an Hochschulen sprechen zu können. Auch die Zielvorgaben "mehr Mobilität" und eine "bessere Berufsvorbereitung" sind noch in weiter Ferne.

Auch wenn die Mehrheit der Studierenden sich erst einmal mit ihren Studienbedingungen zufrieden zeigen, geben die Detailfragen Auskunft darüber, wo es hakt. Vor allem Studierende an den Universitäten klagen über mangelnden Praxisbezug. Generell ist aber vor allem die Arbeitsdichte und die schlechte Ausstattung im Studium das Problem. Zu viele Veranstaltungen und zu viel Stoff in zu wenig Zeit werden von jeder_r/m zweiten Studi beklagt. Wenn Studierende sich etwas wünschen dürften, wären es eine realistische und abgestimmte Veranstaltungsplanung, Schluss mit überfüllten Veranstaltungen, die Möglichkeit ins Ausland zu gehen, ohne ihre Studiendauer zwangsweise zu verlängern und Unterstützung rund ums Thema Praktikum. Ein Grund dafür, dass trotz aller Kritik die Zufriedenheit unter Studierenden hoch ist, führen die Forscher_innen des DZHW auf die hohe

Identifikation mit der eigenen Hochschule zurück. Die Studie findet ihr [hier](http://www.dzhw.eu/pdf/24/sqm2013.pdf) (<http://www.dzhw.eu/pdf/24/sqm2013.pdf>).

Studiengebühren beim Bundesprogramm Offene Hochschulen

Seit Oktober 2011 gibt es ein Bundesprogramm mit dem hochtrabenden Namen "Offene Hochschulen". Die Hochschulen können sich im Rahmen eines Wettbewerbs um Fördermittel aus diesem Programm bewerben, um Studienangebote für sogenannte nicht-traditionelle Studierende zu entwickeln und umzusetzen. Zu diesen zählt die Bundesregierung unter anderem Personen mit Familienpflichten und Studieninteressierte ohne formale Hochschulzugangsberechtigung. Deren besonderen Bedürfnisse sollen bei der Entwicklung der Studienangebote berücksichtigt werden und dabei insbesondere die Faktoren beachtet werden, die sie bisher von einem Studium abhielten. Insgesamt 97 Hochschulen erhalten derzeit eine Förderung aus dem Bundesprogramm.

Nun hat die Bundesregierung einräumen müssen, dass für alle Studienangebote, deren Konzepte durch das Förderprogramm "Offene Hochschulen" finanziert wurden bzw. werden, Studiengebühren bzw. Studienbeiträge erhoben werden sollen. Dies läuft der eigentlichen Intension einer offenen Hochschule entgegen, denn eine offene Hochschule, für die auch die DGB-Jugend kämpft, kann nur ohne Gebühren tatsächlich offen sein. Nun erleben wir aber das Paradox, dass aus Bundesmitteln, die unter dem Label "Offene Hochschule" beworben werden, durch die Hochschulen studiengebührenpflichtige Angebote entwickelt wurden und Angeboten werden. Somit wird unter dem Deckmantel der Förderung von "nicht traditionell Studierenden" aus Bundesmitteln ein gebührenpflichtiger Bildungsmarkt gefördert. Schon seit längerem experimentieren viele Hochschulen an der Etablierung kostenpflichtiger Studien- und Bildungsangebote. Das kann nicht sein, meint die DGB-Jugend und fordert Hochschulen und Bundesregierung auf, auf die Erhebung von Studiengebühren zu verzichten, damit Hochschulen wirklich offen sind und die mit dem Programm anvisierte Zielgruppe auch wirklich erreicht werden kann.

Weitere Informationen zum Bundesprogramm findet ihr u.a. [hier](http://www.bmbf.de/de/17592.php) (<http://www.bmbf.de/de/17592.php>) und [hier](http://www.bmbf.de/press/3634.php) (<http://www.bmbf.de/press/3634.php>). Dass für die Angebote Studiengebühren erhoben werden ergibt sich aus einer Kleinen Anfrage der Linken [hier](http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/024/1802412.pdf) (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/024/1802412.pdf>, Antwort auf Frage 19).

Infos für das Campus Office

Semesterstart: Tipps für Erstsemester-Veranstaltungen

Der Semesterstart steht an und mit diesem die obligatorischen Erstsemesterveranstaltungen der Fakultäten, Fachschaften und ASten/StuRä. Diese bieten meist gute Möglichkeiten, euch und eure Arbeit sowohl als Beratungsbüro als auch als Hochschulgruppe vorzustellen. Hier könnt ihr euch "bewerben" und vielleicht sogar die eine oder den anderen neue_n Aktive_n dazugewinnen. Auch in von euch selbst organisierten Veranstaltungen könnt ihr euch an eure zukünftigen Kommiliton_innen richten.

Dafür möchten wir euch auf zwei Dinge hinweisen:

1. Eine Präsentationsvorlage zur Vorstellung eures Campus Offices findet ihr [hier](http://intranet.dgb-jugend.de/) (<http://intranet.dgb-jugend.de/>) im Intranet. Diese könnt ihr selbstverständlich nach euren Wünschen und Bedürfnissen verändern und ergänzen. Auch von den Werbeflyern anderer HiBs und COs könnt ihr euch inspirieren lassen und/oder diese je nach euren Gegebenheiten vor Ort einsetzen. Diese findet ihr [hier](http://intranet.dgb-jugend.de/projekt_students_at_work/vor_ort/best_practice/@_@index.html?app=25444416368) (http://intranet.dgb-jugend.de/projekt_students_at_work/vor_ort/best_practice/@_@index.html?app=25444416368).

2. Das derzeitige Schwerpunktthema in der gewerkschaftlichen Studierendenarbeit ist die geplante BAföG-Reform. Hier geht es um mehr als vielleicht ein paar Euros mehr in der Tasche. Informiert eure Kommiliton_innen über die anstehende BAföG-Anpassung und warum diese bei weitem nicht ausreichend ist! Infos dazu findet ihr [hier](http://jugend.dgb.de/-/ppH) (<http://jugend.dgb.de/-/ppH>) und [hier](http://jugend.dgb.de/-/pGY) (<http://jugend.dgb.de/-/pGY>). Wir als Gewerkschafter_innen haben Forderungen und denen sollten wir auch Nachdruck verleihen. Macht mit beim BAföG-Bündnis, unterstützt Aktionen, beteiligt euch an der politischen Meinungsbildung. Siehe z.B. [hier](http://jugend.dgb.de/-/icY) (<http://jugend.dgb.de/-/icY>). Das komplette Hochschulpolitische Programm des DGB mit unseren Mindestforderungen zum Thema BAföG findet ihr [hier](http://www.dgb.de/presse/++co++61bc015a-4053-11e2-a409-00188b4dc422) (www.dgb.de/presse/++co++61bc015a-4053-11e2-a409-00188b4dc422).

Wenn ihr in einer Hochschulgruppe aktiv seid oder mit eurem HiB/CO Veranstaltungen plant, setzt Akzente und Schwerpunkte! Über Veranstaltungen aber auch Ideen und Anregungen zum Thema freuen wir uns sehr.

"Einklagen" - Was geht, wenn's mit dem Studienplatz nicht geklappt hat

"Ich habe keinen Studienplatz bekommen." "In meinem Wunschstudium wurde ich abgelehnt." "Der NC war zu hoch." "was kann ich jetzt tun?"

Die eine oder andere Aussage ist euch bestimmt auch schon im Beratungsalltag begegnet. Doch was viele nicht wissen: Auch ein Ablehnungsbescheid von der Hochschule ist anfechtbar! Je nach Fach und Hochschule könnte es also auch über den Weg des "Einklagens" funktionieren. Das bedeutet, dass die_der potentielle Student_in rechtlich gegen den Ablehnungsbescheid der Uni wehrt und ggf. eine Klage auf Zulassung beim zuständigen Verwaltungsgericht einreicht.

Aber Vorsicht: Hier ist es wichtig zu beachten, dass wir keine Rechtsberatung durchführen! Allerdings lohnt sich ein Blick in die weitere Beratungs- und Interessenvertretungslandschaft an deiner Hochschule: Schau dich um, ob es vielleicht ein Referat im örtlichen AStA oder StuRa gibt, das dazu berät (das könnte z.B. das "Referat für Hochschulpolitik" oder das "Referat für Lehre und Studium" sein). Manch Asta/StuRa bietet gar eine anwaltliche Hochschul- und Prüfungsrechtsberatung an. Auch die Kolleg_innen von der GEW können unter Umständen weiterhelfen.

Mehr dazu [hier](http://www.einklage.de/) (<http://www.einklage.de/>) sowie exemplarisch der vom RefRat (gesetzlich AStA) der Humboldt-Universität Berlin erstellte [Einklagereader](http://www.refrat.de/einklagen.html?1206973953) (<http://www.refrat.de/einklagen.html?1206973953>) - achtet ggf. auf örtliche Unterschiede!

Ausweitung Kurzfristige Beschäftigung

Im Rahmen der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist weitestgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit ein Passus im SGB IV mit verabschiedet worden, der die Ausweitung der Kurzfristigen Beschäftigung vorsieht. Die Grenzen der Kurzfristigen Beschäftigung werden zum 1. Januar 2015 auf 70 Tage bzw. 3 Monate angehoben. Kurzfristige Beschäftigungen sind Sozialversicherungsfrei und somit insbesondere für Arbeitgeber_innen attraktiv.

Mit der Verlängerung auf 3 Monate beziehungsweise 70 Tage wird zu dem eine Grauzone ausgeweitet. Eine Kurzfristige Beschäftigung ist nämlich nur dann kurzfristig, wenn sie nicht berufsmäßig ausgeübt wird. Sie muss also von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung sein (Dies wird Studierenden in der derzeitigen Regelung grundsätzlich erstmal unterstellt). Wer auf die Einkünfte aus einer kurzfristigen Beschäftigung dringend angewiesen ist, ist folglich eigentlich nicht kurzfristig sondern regulär Beschäftigt. Mit der Verlängerung auf drei Monate bzw. 70 Tage wird es schwerer, typische Jobs von Studierenden sozialversicherungstechnisch einzuordnen und anhand der vorgegebenen Merkmale - Berufsmäßigkeit versus 70 Tage bzw. drei Monate - von Seiten der Sozialversicherungsträger zu überprüfen. In der Praxis werden Arbeitgeber_innen vermehrt Kurzfristige Beschäftigungen melden, obwohl sie es nicht sind. Dies ist zum Nachteil der Arbeitnehmer_innen, da sie in Kurzfristigen Beschäftigungen keinen Sozialversicherungsschutz erhalten.

Die neue Regelung findet ihr [hier](http://www.gesetze-im-internet.de/sgeb_4/_115.html) (http://www.gesetze-im-internet.de/sgeb_4/_115.html) und die allgemeinen Regelungen zur kurzfristigen Beschäftigung auf unserer Homepage.

Neues vom saw-Team

Vernetzungstagung Gewerkschaftliche Studierendenarbeit in Hattingen

Vom 31. Oktober bis zum 2. November findet unser jährliches bundesweites Vernetzungstreffen statt. Wir freuen uns schon sehr auf euch! Leider sind die Plätze alle schon vergeben und Anmeldungen sind nicht mehr möglich. Die Themen der diesjährigen Vernetzung sind, "Organizing und Tarifverträge für studentisch Beschäftigte - was wollen und was können wir", "Der Mindestlohn kommt - was es zu wissen gibt" und natürlich der Vorort/best practice Austausch.

Termine & Seminare

08. - 11.10.2014, Haltern am See: 8. GEW-Wissenschaftskonferenz - ["Im Spannungsfeld von Expansion und Exklusion"](#) (GEW)

08.10.2014 bis September 2015: Politische Weiterbildung ["Politik als Veränderungsobjekt"](#) (Rosa Luxemburg Stiftung)

24.10. - 26.10.2014, Hamburg: [Zivilklausel-Zukunftskongress 2014](#) für eine Wissenschaft und Kultur des Friedens. [Anmeldung](#) (AK Friedenswissenschaft der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg)

31.10. - 02.11.2014, Hattingen: Vernetzungstreffen ["students at work - Vernetzungstreffen"](#) (DGB-Jugend)

28. - 30.11.2014, Hattingen: Seminar "[students at work - Arbeits- und sozialrechtliche Beratung für Studierende - Aufbauseminar I - Aktivierende Beratungsthemen](#)" (DGB-Jugend)

28. - 30.11. 2014, Sprockhövel: Seminar "[Vom Studium in den Beruf - Tipps und Strategien für einen erfolgreichen Berufseinstieg](#)" (IG Metall)

2014/2015: Wettbewerb "[Die gelbe Hand](#)" - Aktiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus in der Arbeitswelt für Mitglieder der Gewerkschaftsjugend

Neue Broschüren

DGB-Jugend und Mitgliedsgewerkschaften haben neue und überarbeitete Materialien im Bund und in den Bezirken erstellt:

- Broschüre "Tarifverträge" (IG Metall 2014): erklärt wie genau sie entstehen, was sie regeln und welche Vorteile sie haben. Die Broschüre findet ihr [hier \(http://jugend.dgb.de/-/pXI\)](http://jugend.dgb.de/-/pXI).

- Broschüre "Duales Studium - Handreichung für Betriebs- und Personalräte" (ver.di 2014). Die Broschüre könnt ihr unter W-3229-05-0914 direkt bei [ver.di \(verdi@ivb-gmbh.de\)](mailto:verdi@ivb-gmbh.de) bestellen.

- Campus-Flyer 2014: Die neuen Flyer des CO Hamburg, der DGB-Jugend Hessen-Thüringen sowie des Bezirks Berlin-Brandenburg findest du im [Intranet \(http://intranet.dgb-jugend.de/\)](http://intranet.dgb-jugend.de/) der DGB-Jugend.

Leseempfehlung - Die unternehmerische Hochschule

Sonja Staack (GEW) weist auf folgende Neuerscheinung hin:

"Die unternehmerische Hochschule"

"Wir wollen nicht, dass Hochschulen zu Unternehmen werden. Bildung ist kein Markt." So begründete die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin Svenja Schulze ihren Vorschlag für eine Novellierung des Landes-hochschulgesetzes. Die einen sehen darin ein Ende der Hochschulautonomie, eine Re-Demokratisierung die anderen. Markiert die Novelle in NRW das Ende einer hochschulpolitischen Ära? Oder ist sie vielmehr "ziemlich harmlos", wie Torsten Bultmann meint und das Leitbild der unternehmerischen Hochschule steht dessen unbenommen weiter in voller Blüte? Anlässlich des 60. Geburtstages des langjährigen Geschäftsführers des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler analysiert der Sammelband aus dem BdWi-Verlag die Entwicklung von der Gruppen- zur unternehmerischen Hochschule.

Weitere Informationen sowie Bestellmöglichkeiten findet ihr [hier \(http://www.bdwi.de/show/7712965.html\)](http://www.bdwi.de/show/7712965.html) und [hier \(http://www.bdwi.de/show/7712922.html\)](http://www.bdwi.de/show/7712922.html).

Impressum

Dies ist der Newsletter der DGB-Jugend im DGB Bundesvorstand zum Thema Studium. Er erscheint idealerweise alle zwei Monate und informiert über aktuelle hochschul- und sozialpolitische Themen, Termine und Ereignisse sowie entsprechende Seminare und Workshops. Das Newsletter-Archiv ist derzeit nicht erreichbar.

Um den Newsletter zu abonnieren oder das Abonnement zu kündigen, so ist das derzeit nur per Mail an studienjob@dgb.de möglich. Die Redaktion ist unter studienjob@dgb.de zu erreichen. ViSdP ist Florian Haggemiller, DGB-Jugend im DGB Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin.